



Christoph Blocher hatte keine Mühe, den Antrag seiner Zürcher SVP durchzubringen. (Bild Reuters)

Überschüssige Goldreserven für den AHV-Fonds Sonderparteitag der Schweizerischen Volkspartei in Aarau

Mit 171 gegen 65 Stimmen haben die Delegierten der Schweizerischen Volkspartei einen Antrag der Zürcher SVP gutgeheissen, wonach alle parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen sind, um die überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank dem AHV-Fonds zufließen zu lassen. Mit scharfen Worten geisselte SVP-Präsident Ueli Maurer die Intervention von Otto Stich gegen das «Haushaltsziel 2001».

Lz. Aarau, 30. Mai

255 Delegierte der Schweizerischen Volkspartei und ungefähr ebenso viele Gäste haben sich am Samstag in der Sporthalle Schachen in Aarau zu einem Sonderparteitag eingefunden. Dabei ging es um die Verabschiedung eines Antrags der Zürcher SVP, die überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für den AHV-Fonds zu verwenden. Falls der parlamentarische Weg nicht zum Erfolg führen sollte, will man die Lancierung einer *Volksinitiative* prüfen. Die Idee hatte Nationalrat Christoph Blocher am 16. Januar 1998 im Zürcher Albisgüthli lanciert.

In seiner Begrüssungsadresse erinnerte der Präsident der SVP, Nationalrat *Ueli Maurer*, an die Leistungen verschiedener kantonaler Parteien und kritisierte im weiteren mit scharfen Worten die Intervention des früheren Finanzministers Otto Stich gegen das «Haushaltsziel 2001» in Inseraten und Gesprächen. Es sei eine «Frechheit», dass ein Bundesrat, der einen derart hohen Schuldenberg hinterlassen und die Misere in der Bundespensionskasse zu verantworten habe, sich in dieser Weise zum Wort melde.

Währungs- und finanzpolitische Analysen

Anschliessend setzte ein sehr anspruchsvolles Informationspaket die Aufnahmefähigkeit der Versammlung einer harten Probe aus. Vier Experten stellten den Antrag der Zürcher SVP in einen grösseren währungs- und finanzpolitischen Zusammenhang. *Peter Klauser*, Direktor bei der SNB, meinte, man brauche von den rund 2600 Tonnen Gold – neben Devisenreserven und den Guthaben beim Internationalen Währungsfonds – etwa 1300 Tonnen für währungs- und geldpolitische Zwecke. Die andere Hälfte zu einem Markt-

preis von rund 18 Milliarden Franken stünde für andere öffentliche Bedürfnisse zur Verfügung. Darüber habe aber die Politik und nicht die Nationalbank zu entscheiden.

Hans Kaufmann, Chefökonom Schweiz der Bank Julius Bär in Zürich, plädierte seinerseits für eine bessere Bewirtschaftung der Nationalbankreserven. Kaufmann befürwortete, nicht zuletzt auf Grund von ausländischen Beispielen, Aktienanlagen auch als Anlagekategorie für die überschüssigen SNB-Reserven. *Ulrich Gygi*, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, bezeichnete die Nationalbankreserven als Volksvermögen, was von Christoph Blocher später mit Wohlwollen vermerkt wurde. Es gehe nicht an, dieses angesparte Eigentum des Souveräns in Einzelaktionen zu «verpulvern», sagte Gygi. So gesehen sei die Idee, SNB-Mittel für den AHV-Fonds zu verwenden, wenig zweckmässig, da sie vom eigentlichen Problem, nämlich der langfristigen Sicherung der Sozialwerke, ablenke. Gemäss Gygi muss der Grundsatz gelten, dass nur die laufenden Erträge ausgegeben werden sollten; die *Vermögenssubstanz* müsse hingegen erhalten bleiben. Der Chef der Finanzverwaltung plädierte überdies engagiert für den Einsatz von Gold im Wert

von 7 Milliarden Franken für die Stiftung «Solidarische Schweiz», wie dies der Absicht der Landesregierung entspricht.

Schliesslich befasste sich *Hanspeter Konrad*, Präsident der sozialpolitischen Kommission der SVP, mit den Möglichkeiten zur langfristigen Sicherung der AHV. Die Frage stelle sich ernsthaft, ob deren Finanzierung überhaupt noch bis ins Jahr 2010 als gesichert gelten könne. Die absehbare Erosion des Ausgleichsfonds lasse deut-

lich erkennen, dass eine Kurskorrektur bei der AHV dringlich sei.

Dem Volksvermögen Sorge tragen

Es gelte nun, den Sachverhalt etwas einfacher darzustellen, meinte *Christoph Blocher*, als er am Rednerpult seinen Vorschlag begründete. Dem Volksvermögen – und er sei froh, dass diese Auffassung auch im Bundeshaus vertreten werde – sei Sorge zu tragen. Wieviel Goldreserven beansprucht werden müssten, könne nicht genau beantwortet werden. Auf Grund von Verteilungsproblemen, die sich bei der Realisierung möglicher anderer Varianten ergäben, komme eigentlich konsequenterweise allein eine Begünstigung des AHV-Fonds in Frage. Davon würden alle profitieren. Würde man die nicht benötigten Goldreserven in der Höhe von rund 20 Milliarden Franken für die AHV einsetzen und den im Fonds bereits vorhandenen 23 Milliarden hinzufügen, könnte auf die Erhebung von einem bis anderthalb zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten verzichtet werden, was letztlich der ganzen Volkswirtschaft zugute käme, da eine höhere Staatsquote damit vermieden werde. Gleichzeitig müsste eine bessere Anlagepolitik, wie sie in privaten Pensionskassen üblich sei, Platz greifen. Die Zeit sei günstig, da gegenwärtig ja ein neuer Geld- und Währungsartikel in der Bundesverfassung zur Diskussion stehe.

«Echte Alternative» zur Solidaritätsstiftung

In der folgenden Debatte konnte sich der Berner Nationalrat *Albrecht Rychen* zwar mit der Forderung nach einer besseren Bewirtschaftung der Reserven einverstanden erklären. Er gab aber zu bedenken, dass seiner Ansicht nach nicht nur die AHV, sondern auch die Bildung als Investition in die Zukunft zu einem Drittel zu berücksichtigen wäre. Nationalrat *Walter Schmied* aus Moutier wollte die Mittel vornehmlich zur Schuldentilgung einsetzen. Der Zürcher SVP-Vertreter *Ulrich Schluer* äusserte sich aus Sorge um die schweizerische Unabhängigkeit skeptisch zum Verkauf von Gold. Angesichts der drohenden Sammelklagen, vor denen der Bundesrat bestimmt «in die Knie gehen» werde, müsse der Souverän mit Anteilen beteiligt bleiben. Und der neue Fraktionschef *Samuel Schmid* wollte, unterstützt von Nationalrat *Hermann Weyeneth*, aus

stabilitätspolitischen Gründen erst gar nicht auf den Antrag eintreten.

Die Zürcher Nationalräte *Toni Bortoluzzi* und *Hans Fehr* sprachen schliesslich Klartext und sagten unverblümt, worum es der Partei letztlich zu gehen habe: um die Verhinderung der Solidaritätsstiftung. Die AHV-Lösung sei eine echte Alternative, um dieses Projekt zu Fall zu bringen. Für Bundesrat *Adolf Ogi* ist eine sorgfältigere Anlagepolitik das «Gebot der Stunde». Hingegen sei es wichtig, noch weiter nachzudenken, was Blocher mit der Bemerkung konterte, man habe *jetzt* Stellung zu nehmen; dies um so mehr, als der Bundesrat vor der Präsentation der Solidaritätsstiftung wohl weniger lange nachgedacht habe. Anderen kritischen Stimmen hielt Blocher vor, die Partei habe sich ja bereits grundsätzlich zur anderen Verwendung der SNB-Reserven ausgesprochen. Wenn man die Währungsreform unterstütze, könne man jetzt nicht mehr zurückkrebsen.

Nach einer etwas harzigen Ausmarchung der verschiedenen Anträge nahmen die SVP-Delegierten den unveränderten Antrag der Zürcher SVP mit 171 gegen 65 Stimmen an.

2